BundesSchülerKonferenz

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Berlin 10.12.2004
GEMEINSAME PRESSEERKLÄRUNG

BUNDESELTERNRAT, BUNDESSCHÜLERKONFERENZ, GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

erklären aus Anlass der PISA-Studie 2003:

Wir veranstalten diese gemeinsame Pressekonferenz, weil wir ein Zeichen setzen wollen: Bildung gehört der gesamten Gesellschaft, alle tragen Verantwortung, niemand hat ein Monopol auf Bildung. Wir wenden uns deshalb gegen die partei- und machtpolitische Vereinnahmung von Bildung. Wir fordern Bund, Länder und Kommunen auf, Bildung als gemeinsame Aufgabe zu gestalten und sie nicht auf dem Altar des Föderalismus zu opfern.

Aus täglicher Erfahrung wissen wir: Bildung und Erziehung können nur gelingen, wenn sich alle Beteiligten auf gemeinsame Ziele verständigen und dabei das Wohl jedes einzelnen Jungen und Mädchens im Blick haben. Gute Bildung für alle – unabhängig von Herkunft, Sprache und Religion – ist unser Ziel. Dafür wünschen wir uns eine Aufbruchstimmung in der gesamten Gesellschaft. Wir lehnen gegenseitige Schuldzuweisung und das Abschieben von Verantwortung ab.

Das bessere Abschneiden in Mathematik und Naturwissenschaften bei PISA 2003 ist nicht so gravierend, dass wir uns entspannt zurücklehnen können, und die Stagnation bei der Lesekompetenz ist bedenklich. Wenn Deutschland sozial und wirtschaftlich international konkurrenzfähig sein will, wird es in jeder Hinsicht in Bildung investieren müssen – selbst wenn es jetzt geringfügig aufwärts geht, sind wir doch noch lange nicht am Ziel.

Wir setzen uns dafür ein, dass Offenheit, Vertrauen, Wohlwollen und gegenseitiger Respekt die Zusammenarbeit von Eltern, Schülerinnen und Schülern, und Lehrerinnen und Lehrern bestimmen. Wir fühlen uns mitverantwortlich für ein menschenfreundliches Schulklima, das Jungen und Mädchen, Eltern und Lehrkräften signalisiert: Ihr seid willkommen, ihr werdet geschätzt und werdet mit allen euren Fähigkeiten gebraucht; bei Problemen und Schwierigkeiten findet ihr Unterstützung.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Schule herkunftsbedingte Benachteiligung abbaut, statt sie wie bisher zu verstärken. Es ist ein unerträglicher Zustand, dass unser Schulsystem viele Kinder für ihre Herkunft bestraft - Bildung darf nicht vom Elternhaus abhängen..

Eine Schule für alle bis zum Ende der Pflichtschulzeit – das wird mittelfristig für alle Kinder und Jugendlichen gelten müssen. Nur dann werden neue Konzepte greifen: die Förderung jedes einzelnen Kindes und eine radikale Modernisierung des Unterrichts. Statt Belehrung und Lernen im Gleichschritt wünschen wir uns interesse- und problemorientiertes selbst gesteuertes Lernen. Die äußere Form, in der Lernen stattfindet, muss sich aus der regionalen und lokalen Situation entwickeln. So wie jedes Kind ein Individuum ist, wird auch jede Schule ihren eigenen Weg finden müssen. Verordnete Einheitsschulen und ideologische Gleichmacherei lehnen wir ab.

Kurzfristig halten wir Maßnahmen im Bereich der Lehrerfortbildung, Sprachförderprogramme vor allem auch in Haupt- und Sonderschulen für Lernbehinderte sowie den schnellen Aufbau von Ganztagsschulen mit anspruchsvollem pädagogischen Konzept für notwendig.

Wir wissen: All dies kostet Geld. Aber Investition in Bildung lohnt sich, auch finanziell. Das „Kapital“ in den Köpfen und Herzen ist die sicherste und nachhaltigste Zukunftsrendite – für jeden einzelnen, für die Gesellschaft und für die Wirtschaft.

Wilfried Wolfgang Steinert, Bundeselternrat
Dino Maiwaldt, Bundesschülerkonferenz
Marianne Demmer, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft